

Am 15.11.2014 hat die 4. ordentliche **ver.di Landesbezirksfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie** (FB 8) **Baden-Württemberg** folgenden Antrag beschlossen:

Weiterleitung an: ver.di Landesbezirkskonferenz, Bundesfachbereichskonferenz u. Bundeskongress

**Titel:** Solidarität mit dem Arbeitskampf der GDL. Hände weg von der Tarifautonomie.

Die Landesfachbereichskonferenz 8 Baden-Württemberg beschließt:

ver.di distanziert sich von der Hetzkampagne, die 2014 von den Medien und Regierungsparteien losgetreten wurde, um den GDL Arbeitskampf zu diffamieren. ver.di erklärt sich solidarisch mit den Forderungen der GDL für 5% mehr Lohn und eine Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Std. pro Woche mit entsprechendem Lohnausgleich.

ver.di nimmt nicht hin, dass die Anti-Streikkampagne gegen die GDL helfen soll, ein Tarifeinheitsgesetz durchzusetzen, das die verfassungsmäßig verbrieften Rechte von Lohnabhängigen beschneidet und faktisch die Koalitionsfreiheit abschafft.

Eine einheitliche und solidarische Interessenvertretung aller Beschäftigten eines Betriebes muss von den Gewerkschaften in eigener Autonomie realisiert werden. ver.di lehnt staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie ab.

#### **Begründung:**

"Man muss kein Freund der GDL und anderer Berufsverbände sein, um die Reaktion auf die Streiks der Piloten und der Lokführer mit Sorge zu verfolgen. Seitdem einige dieser Organisationen gewerkschaftliches Selbstbewusstsein an den Tag legen, lässt sich die notorisch wirtschaftsfriedliche Gesellschaft in eine öffentliche Hysterie treiben, als drohe der Untergang des Abendlandes. So wird der Boden für staatliche Eingriffe in die Koalitionsfreiheit bereitet – also das Recht abhängig Beschäftigter, sich zur Vertretung ihrer Interessen zusammenzuschließen.

Genau dies steht derzeit auf der Tagesordnung der großen Koalition. Durch das geplante Tarifeinheitsgesetz sollen, im Falle konkurrierender Tarifverträge, die Mitglieder der Gewerkschaft, die im Betrieb in der Minderheit sind, um die Früchte ihrer Tarifverhandlungen und ihres gewerkschaftlichen Engagements gebracht werden. Allein der Mehrheitstarifvertrag soll gelten, der der Minderheit soll ohne Wirkung bleiben." (Detlef Hensche, junge Welt 12. Nov. 2014)

Mit der Medienkampagne gegen die GDL soll der Volkszorn mobilisiert werden, dabei bleibt die Wahrheit über die Streikforderungen auf der Strecke. Die Behauptung, die Lokführer seien eine privilegierte Elite, hat wenig mit der Realität zu tun, sie dient eher der Stimmungsmache gegen die kleine kämpferische Gewerkschaft GDL.

Ein Lokführer, 25 Jahre alt, zwei Jahre Berufserfahrung kommt mit Zulagen auf ein Nettoeinkommen zwischen 1438 und 1588 €. Ein Lokführer, 40 Jahre alt, zwei Kinder, 17 Jahre Berufserfahrung, kommt auf 1778 bis 1928 € Netto. Dafür fahren sie zu jeder Tages- und Nachtzeit, sonn- und feiertags quer durch die Republik und müssen immer hellwach sein.

Für den Börsengang spart die Bahn, indem sie in den vergangenen Jahren den Arbeitsdruck beim Personal drastisch erhöht hat. Die Überstunden sind gewaltig angewachsen. Im „Schwarzbuch Deutsche Bahn“ berichtet ein Lokführer von 14 Stunden Schichten, bei denen man vor Ermüdung im Führerstand einschlafte.

Vor diesem Hintergrund sind Tarifforderungen über eine Begrenzung der Überstunden auf 50 pro Jahr und eine Reduzierung der maximalen Fahrzeit auf 8 Stunden nur zu berechtigt. Das dient im Übrigen nicht nur einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, sondern gerade auch der Sicherheit der Fahrgäste.